

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erstein Montag mit Ausnahme der Feiertage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich 20, durch unsere Postträger zugesandt in der Stadt monatlich 22, auf dem Lande 24, durch die Post bezogen Vierteljährlich 72, mit Zustellungsgebühr. Alle Postkonten und Postbeleg sowie unsere Anzeigen und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Zwischenfälle hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitungsblätter oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Insertionspreis 20 für die 6 gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, 10 für die 2 spaltige Korpuszeile 20. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 spaltige Korpuszeile 20. Nachweisungsgebühr 50 Pfg. Kassenentnahme des Bezugspreises 50 Pfg. Für die Abgabe der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ohne schriftliche Genehmigung ist strafbar. Der Beitrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch genommen.

Erstein seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inzerenten: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 65

Freitag den 17. März 1922.

81. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

Auf Blatt 14 des Genossenschaftsregisters des hiesigen Amtsgerichts, die **Landwirtschaftliche Bezugs- und Absatzgenossenschaft Wilsdruff und Umgegend**, e. G. m. b. H. betr., ist heute eingetragen worden: die Firma lautet künftig **Landwirtschaftsbank Wilsdruff**, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung. Die Genossenschaft hat ihren Sitz in Wilsdruff.

Der Gegenstand des Unternehmens ist auf den Betrieb eines Bankgeschäftes und aller in das Bankfach einschlagenden Geschäfte erstreckt worden.

Amtsgericht Wilsdruff, am 11. März 1922.

A Reg. 33/22

207

Wir bitten höflichst, Anzeigen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* In Berlin wurden deutsch-französische Verhandlungen über eine Abänderung des Wiesbadener Abkommens geführt.

\* Bei der Eisenbahn werden nach einer halbamtlichen Ankündigung demnächst neue Tarifierhöhungen eintreten, über die noch keine näheren Beschlüsse gefaßt sind.

\* Die Mörder des Polizeiwachmeisters Hüsenberg in Gletsch, zwei französische Soldaten, wurden zu je 4 Jahren Zuchthaus und Ausschließung aus dem französischen Heere verurteilt.

\* Nach dem englisch-italienischen Reparationsplan hätte Deutschland von seinen 110 Milliarden Schulden zunächst nur 45 Milliarden in einem noch zu bestimmenden Zeitraum zu zahlen.

\* Aus Paris und London werden die Meldungen erneut bestätigt, nach denen man mit einer Verschiebung oder einem gänzlichen Ausfall der Konferenz von Genoa rechnen muß.

\* Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ hat die „General-Labour-Gesellschaft“ in Washington die Rechte an den Schütze-Lanz-Patenten für Ausübung in allen Staaten erworben.

### Poincaré, der Sowjetfreund.

Diesmal ist die Rolle, die Welt mit Enthüllungen über das politische Getriebe unserer Tage zu überraschen, den Antikommunisten zugesallen. Ist genug haben die Moskauer ihrer Sache durch schonungslose Veröffentlichung von Dokumenten aller Art zu dienen gewußt, und bekümmert darum, ob sie sonst damit noch dieser oder jener Seite hin Unheil antreiben. Moralische Bedenken liegen ihnen nicht; daraus machen sie gar kein Geheimnis, und wenn sie selbst gleicher Unthaten beschuldigt würden, die sie anderen Klassen oder Parteien zum Vorwurf machen, so sind sie um Verteidigungen und Beschönigungen noch niemals in Verlegenheit gewesen.

Aun aber ist der Fall eingetreten, daß Herr Kadel, der so ziemlich schon in aller Welt angelegte diplomatische „Fachmann“ der Sowjetregierung, als er zu Anfang dieses Jahres in Deutschland weilte, von hier aus auch Fühlung mit der französischen Regierung genommen hat. Man denke: mit der französischen Regierung, die in der Ablehnung jeder Verständigung mit dem Rußland von heute so ziemlich die Führung unter allen Nationen der Welt befaßt und festhält, derselben Regierung, die durch Vorkriegsstaaten und militärische Abenteuer aller Art die Sowjetmacht mit Blut und Eisen zerquetsern wollte, derselben Regierung, die sich noch bis zu diesem Augenblick der Zulassung Rußlands zu internationalen Besprechungen jeder Art widersetzt. Auf dem Umwege über den französischen Kommunisten Marcel Cachin sollte Herr Poincaré gefragt werden, ob er sich nicht mit Rußland über die Wiederanbahnung politisch-wirtschaftlicher Beziehungen irgendwie verständigen und jedenfalls vor der Konferenz von Genoa über die großen europäischen Fragen ins Benehmen treten wolle. Herr Poincaré hat, wie man weiß, offizielle Verhandlungen mit kommunistischen Bevollmächtigten abgelehnt, Tatsache aber ist, daß seit drei bis vier Wochen etwa, also seit dem Zeitpunkt, an dem der Besucher aus Moskau seine Fährten nach Paris ausbande, in dem dortigen kommunistischen Blatt, der „Humanité“, jeder Angriff auf den französischen Ministerpräsidenten unterblieben ist, während das Blatt bis dahin seinen Tag hatte vergehen lassen, ohne an Herrn Poincaré seine polemischen Kräfte zu probieren.

Von Sowjetseite wird auch gar nicht mehr geleugnet, daß man an Herrn Poincaré mit einer Verhandlungsofferte herangetreten ist. Aber der Erfolg dieser Aktion schweigt man noch, bis weitere Enthüllungen auch darüber mehr Licht verbreitet haben werden. Vorläufig sucht man nach Gründen, um dieses Spiel zu rechtfertigen. Man beruft sich auf die Notwendigkeit, daß Sowjetrußland am Leben bleibe — geschieht also mittelbar ein, daß es aus eigener Kraft sich nicht mehr aufricht zu erhalten vermag. Tatsächlich stimmen auch alle Nachrichten aus Rußland dahin überein, daß die Bedrängnis der Sowjetregierung nachgerade alles Maß überschritten. Sie muß unter allen Umständen irgend eine Ausbuchtung finden, und ist es nicht Deutschland, mit dem Rußland sich durch geographische Nähe, durch wirtschaftliche Interessen und durch eine ähnliche außenpolitische Lage am engsten verbunden fühlt, so muß es eben eine andere Macht sein, und wenn diese Macht mit dem selbsthätigen Teufel im Bunde wäre. Frankreich galt der Sowjetregierung bisher als die Verförmer des europäischen Militarismus, der der internationalen Kapitalismus — die Bourgeoisie, wie es gewöhnlich heißt — sich zur Selbstbehauptung gegen das aufstrebende revolutionäre Proletariat aufgebaut habe. Jetzt legen die Kommunisten ganz treuherzig das Bekenntnis ab, daß sie auch mit diesem Militarismus keiserlich

zusammengehen würden, wenn sie sich anders nicht mehr zu helfen wüßten. Dabei wird viel von der Notwendigkeit geredet, die Front der kapitalistischen Staaten zu durchbrechen und ähnliche vollkommene Redensarten mehr. Sonderlichen Kurs haben indessen Phrasen dieser Art nicht mehr, auch in der Arbeiterschaft nicht mehr, seitdem man genugam erfahren hat, daß mit ihnen alles, aber auch alles bewiesen werden soll. Dazu kommt, daß bei diesen ganzen Verhandlungen Wortführer hervortreten, die selbst vom bolschewistischen Standpunkt aus höchst fragwürdig erscheinen. So ein kommunistischer Mittelsmann ist in Paris mit Roman Paul Louis, der während des Krieges zu gleicher Zeit — am Morgen in einem Clemenceau-Blatt nationalistische — und am Abend in einem Sozialistenblatt bolschewistische Politik getrieben hat. Welches auf Kosten Deutschlands, das nur einmal den echten Franzosen unter allen Umständen ein Gegenstand des Abscheus ist.

Diesem Tatbestand wollen die Linksradiolen und was mit ihnen zusammenhängt, sonst im allgemeinen nicht wahrhaben. In diesem Falle, wo er in einem krassen Einzelbeispiel unbestreitbar hervortritt, können sie ihn nicht mehr gut übersehen oder leugnen. Ob sie wohl daraus endlich die notwendigen Folgerungen ziehen?

### Ein Rostfahrei des Zeitungsgewerbes

Kundgebung der deutschen Zeitungsverleger.

Die schwere wirtschaftliche Bedrängnis der deutschen Zeitungen hat den Verein Deutscher Zeitungsverleger veranlaßt, eine außerordentliche Generalsversammlung einzuberufen, die am 13. März in Weimar stattfand, und an der insgesamt 1827 deutsche Verleger der Zeitungen aller Parteien und Richtungen teilnahmen. Die Versammlung hat einstimmig eine Kundgebung an Berufsgenossen, Regierung, Parlament und Öffentlichkeit beschlossen, in der u. a. darauf hingewiesen wird, in welchem Umfange bereits Zeitungen aller Art zur Stilllegung oder zu weitgehender Betriebseinschränkung gezwungen worden sind, und in der scharfe Kritik an der Reichsdiplomatur der Papierfabriken geübt wird. Weiter heißt es:

Die Kollage der Presse ist seit langem von Regierung und Parlament anerkannt. Das hat aber leider nicht verhindert, daß andauernd die Presse trotz ihrer Kollage als ein Objekt der Zugrußbesteuerung angesehen worden ist. Zu den ungeheuren, ganz plötzlichen und in noch nie dagewesenem Umfange eintretenden, unerschwinglichen Verteuerungen des Papiers kommen wieder enorme neue Lasten für alle anderen Materialien, Löhne und Gehälter. Diese Lasten sind nicht mehr zu ertragen. Es steht zu befürchten, daß von heute auf morgen Stilllegungen großer Betriebe eintreten. Wir bitten dringend, keine derartigen Schritte zu tun, ohne vorher mit der Berufsvertretung in jedem Falle erwogen zu haben, ob nicht doch noch eine Rostfahreiaktion möglich und praktisch durchführbar erscheint. Wir fordern die Reichsregierung, den Reichstag, die parlamentarischen Körperschaften in den Ländern auf, an die Stelle der Verteuerungen ihrer hohen Meinung von der Presse und der platonischen Einsicht in die Dinge die Tat treten zu lassen. Wir fordern strengste Maßregeln dagegen, daß die deutsche Presse gebunden ausgeliefert wird einer grenzenlosen Preistreiberi und Monopolwirtschaft auf dem Gebiete des Holzes, der Kohle, aller Vorprodukte des Papiers. Wir fordern die Sperrung der Ausfuhr von Papier und Zellstoff, solange nicht das Papier für die deutsche Presse zu erträglichen Preisen sichergestellt ist. Wir fordern ferner die Aufhebung und künftige Untertassung jeder Sonderbesteuerung der Presse. Unsere deutschen Verleger aber bitten wir, auf dem Wege der Selbsthilfe mit uns in Verbindung zu bleiben und, wenn die Stilllegung der Zeitungen mangels eines Eingreifens der Regierung unabwendbar wird, gemeinsam zu handeln nach den Beschlüssen, zu denen wir dann noch eine allgemeine Verlegerversammlung einberufen werden. Die Zeitungsleser machen wir darauf aufmerksam, daß die Bezugs- und Anzeigenpreise, die in den Zeitungen für den 1. April angeündigt werden, ausnahmslos nicht einmal die Kosten des Papiers decken, und daß für sämtliche Zeitungen nichts übrig bleiben kann, als auf diesem mißlichen Wege bis zum Zusammenbruch weiterzugehen oder die Stilllegung bereits zum 1. April vorzunehmen in den Fällen, in denen die ungeheure Belastungsprobe nicht einmal mehr auf Wochen auszuhalten ist. Die Verantwortung für die Folgen der Einschränkung und Stilllegung von Betrieben müssen die deutschen Zeitungsverleger ebenso ablehnen wie die dadurch entstehende Vermehrung der Arbeitslosigkeit. Die Verantwortung ba-

sir tragen allein diejenigen, die diese Zustände über die Presse verhängen und die es zulassen, daß Presse und Pressefreiheit willkürlich zugrunde gerichtet werden.

### Moratorium und Anleihe.

Herabsetzung der deutschen Zahlungen.

Aus Paris kommt die Nachricht, die Reparationskommission werde Deutschland wahrscheinlich ein Moratorium gewähren, durch das die Lasten, die in den am 5. Mai letzten Jahres gefaßten Beschlüssen festgesetzt wurden, durch eine leichtere Last ersetzt würden. Unzweifelhaft werde die Reparationskommission jedoch darauf bestehen, daß die Allierten eine wirksame Kontrolle über die deutschen Finanzen erhalten. Die so oft gemachten Vorschläge über Pfändung der deutschen Schuld durch größere internationale Anleihen, die durch Bergwerke, Eisenbahnen, Zölle usw. sicherzustellen wären, sollen früher oder später verwirklicht werden. Ferner wird der neue englisch-italienische Reparationsplan durch neue Mitteilungen ergänzt. Danach wird die Forderung der Allierten an Deutschland auf

110 Milliarden Goldmark per 1. Januar 1922

abgeschätzt. Davon seien 65 Milliarden durch Obligationen gedeckt. Der andere Teil, zu dessen Zahlung sich Deutschland in einem noch festzusetzenden Zeitpunkt verpflichten solle, beträgt 45 Milliarden Goldmark. Jeder Gläubigerstaat werde sofort erklären, in welchem Verhältnis er Goldzahlungen und Naturalieferungen wünsche. Die Goldzahlungen müßten von Deutschland innerhalb von fünf Jahren beglichen werden, und zwar durch eine internationale Anleihe.

### Gegen den Wucher mit Getreide.

Ungültigkeit bisheriger Abschlüsse.

Berlin, 15. März.

Infolge der vielfachen Gerüchte wegen enormer Preisgebote für Abschlüsse von Getreide aus neuer inländischer Ernte wird, wie eine Berliner Korrespondenz meldet, seitens der Getreidehändler durch die Handelskammern und die Spezialvereinigungen bei der Regierung und dem Reichstag der Antrag eingebracht worden, alle vor dem 15. Juli gemachten Abschlüsse auf Getreide der 1922er deutschen Ernte als nichtig zu erklären. Man ist in leitenden Handelskreisen ohnehin der Ansicht, daß so weitläufige Geschäfte unter den heutigen Feuerungs- und Salutaverhältnissen überhaupt nicht ratsam sind.

### Die fällige Erhöhung der Bahntarife.

Berlin, 15. März.

Die seit einigen Tagen umlaufenden Gerüchte über eine abermalige Erhöhung der Eisenbahntarife werden durch folgende halbamtliche Kundgebung bestätigt:

Die Reichsbahn, die 3. Jt. durch Deutschland geht, läßt auch die Reichsbahn nicht unberührt. Die starke Steigerung der Kohlenpreise und damit aller Materialpreise wird nach den bisherigen Schätzungen allein die sachlichen Kosten der Reichsbahn für das Rechnungsjahr 1922 um rund 13 Milliarden erhöhen. Die in Aussicht genommene Erhöhung der Gehälter und Löhne wird eine der Höhe nach noch nicht feststehende Vermehrung der persönlichen Kosten im Gefolge haben. Die Reichsbahn muß daher, wie jeder Wirtschaftsbetrieb, demnächst zu Tarifierhöhungen übergehen. Die Zahlenangaben, die über die Höhe der der Reichsbahn im einzelnen erwachsenden Ausgaben und über die Höhe der beabsichtigten Tarifierhöhung veröffentlicht wurden, sind nicht zutreffend. Sie beruhen nicht auf amtlicher Information. Die Angelegenheit befindet sich noch im Stadium der Vorbereitung. Bestimmte Beschlüsse konnten schon deshalb noch nicht gefaßt werden, weil die Verhandlungen über die Erhöhung der Arbeiterlöhne erst heute zu Ende gehen. Sobald das Ergebnis der Beratungen bekannt ist, wird die Öffentlichkeit umgehend informiert werden.

### Deutsche „Kriegsverbrecher“ in Frankreich

Ein französischer Professor für Freileistung.

Universitätsprofessor Camille Lemerleier setzt sich in einem ausführlichen Artikel für die Freilassung der verurteilten 33 Deutschen, die im Fort Lamagne untergebracht sind, ein. Aus der Liste der Verurteilten gibt er auf Veranlassung folgende Beispiele: